

JOSEF STEGMANN

Um Demokratie und Republik

Zur Diskussion im deutschen Katholizismus der Weimarer Zeit*

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg verwandte der deutsche Katholizismus einen großen Teil seiner Energie darauf, sich einen angemessenen Platz im Wilhelminischen Kaiserreich zu erringen. Je mehr er dieses Ziel erreichte, um so mehr wuchs seine Bereitschaft, die bestehende Ordnung nicht nur hinzunehmen, sondern sie selber mitzutragen. Diese weitgehende Anpassung an Geist und politische Wirklichkeit der Vorkriegsepoche machte es nach 1918 großen Teilen des deutschen Katholizismus schwer, ein positives oder auch nur ein unbefangenes Verhältnis zum demokratischen Staat zu gewinnen. Die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Republik zogen sich die ganze Weimarer Zeit hindurch und verbrauchten wertvolle Kräfte. Dazu kam ein merkliches Anwachsen nationaler und autoritärer Tendenzen verschiedenen Ursprungs. Das alles trug zu einer gewissen Schwächung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus mit bei, die sich zumindest für kurze Zeit nach dessen Machtergreifung deutlich zeigte.

I.

Die »katholische Bewegung«, die sich bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einer Reihe von Vereinen und Zusammenschlüssen zu organisieren begann, und vor allem der »römische« Akzent dieser Bewegung, der als »Ultramontanismus« in die Geschichte einging, wurde wohl mit Recht »die katholische Vorform der christlichen Demokratie im national-staatlichen Zeitalter« genannt. Wenn ein Mitarbeiter des Fürsten *Karl zu Löwenstein* 1893 schrieb: »Wir Katholiken der ganzen Welt bilden . . . eine große, die ganze Welt umfassende Repu-

* In geraffter Form beschäftigt sich mit diesem Thema auch ein Überblick über die »Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus«, den in absehbarer Zeit der Olzog Verlag / München als Teil einer »Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland« vorlegen wird.

blik«¹, so wirkte das in der deutschen Blütezeit nationalstaatlichen und autoritären Denkens zweifellos demokratisierend. Aber ebenso sicher ist, daß es sich hier nur um eine »Vorform der Demokratie« handelte und daß sich die Mentalität des deutschen Katholizismus vielleicht graduell, doch nicht grundsätzlich vom Geist der Wilhelminischen Gesellschaft unterschied. Ziel war eben nicht Demokratisierung, sondern ein angemessener Platz in dieser Gesellschaft.

Die deutschen Katholiken bildeten freilich keine Ausnahme. Wie langsam die Idee der christlichen Demokratie im allgemeinen kirchlichen Bewußtsein Eingang fand, zeigte die Behutsamkeit, mit der selbst *Leo XIII.* die aktive Teilnahme der Bürger am staatlichen Leben behandelte. Charakteristisch dafür ist etwa die Stelle aus dem Rundschreiben »Immortale Dei« von 1885: »Auch das ist an sich durchaus nicht zu tadeln, daß das Volk mehr oder weniger teilnimmt am staatlichen Leben; zu gewissen Zeiten und auf Grund bestimmter Gesetze kann das nicht nur den Bürgern zum Vorteil gereichen, sondern auch zu ihren Pflichten gehören«². Dazu kommt, daß der Papst eine politische Auslegung des Begriffes der christlichen Demokratie bewußt ablehnte. Er verstand sie ausschließlich als soziale Bewegung zur Förderung der Volkswohlfahrt und wies daher die französische »*Démocratie chrétienne*« um die Jahrhundertwende »unmißverständlich auf die soziale Aktion als das eigentliche Feld ihres Handelns hin«³. Mit Recht sah deshalb der Zentrumspolitiker *Moritz Lieber* 1901 auf dem Katholikentag zu Osnabrück in der »demokratischen« Einstellung *Leos XIII.* keineswegs eine Bejahung der »Demokratie als Staatsform«, die »den Thronen und der Aristokratie gefährlich«⁴ sein könnte. Wie für die große Mehrheit des ganzen Volkes so war auch für die deutschen Katholiken die Monarchie eine Selbstverständlichkeit, und *Georg Freiherr von Hertling* brachte sicher ihre gemeinsame Überzeugung zum Ausdruck, wenn er 1897 schrieb: »Und dem erblichen Monarchen, der nicht aus einer der Gesellschaftsklassen hervorgeht, der keine politische Partei zu vertreten hat,

¹ *Karl Buchheim*, Ultramontanismus und Demokratie. München 1963, S. 9, 16.

² *Emil Marmy* (Hrsg.), Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau. Dokumente. Freiburg/Schweiz 1945, Nr. 891.

³ *Hans Maier*, Politischer Katholizismus, sozialer Katholizismus, christliche Demokratie, in: *Civitas* 1 (1962), S. 9–27, S. 18. – Diese Ablehnung des politischen Verständnisses der christlichen Demokratie war bei *Leo* allerdings nicht grundsätzlicher Natur, wie die kurze Phase seiner Ralliementspolitik deutlich zeigt. Vgl. den Beitrag von *Klaus Weber* in diesem Jahrbuch, S. 129 ff.

⁴ Reden gehalten in den öffentlichen Sitzungen und Beschlüssen der 48. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Osnabrück 1901. Osnabrück 1901, S. 194.

der niemand für seine Erhebung zu Dank verpflichtet ist, steht von Haus aus eine viel höhere Autorität zur Seite; er ist weit besser als je ein demokratischer Präsident dazu befähigt, leitend und ausgleichend in dem Widerspiel der Interessen tätig zu sein. Nicht dem Willen des Volkes oder dem, was sich als solches ausgibt, sondern dem Zweck des Staates entnimmt er die oberste Norm für seine Regierung«⁵.

Diese Ablehnung der »Demokratie als Staatsform« und das Bekenntnis zur Monarchie blieben im deutschen Katholizismus fast bis zum letzten Tag des Weltkrieges unumstritten. Das gilt keineswegs nur für den Adel oder das Bürgertum. 1916 etwa bezeichnete eine Schrift der Christlichen Gewerkschaften jene »starke Führung des Staatswesens, wie sie in der monarchischen Verfassung gegeben ist, als unentbehrlich«⁶. *Josef Joos*, damals Redakteur an der von der Katholischen Arbeiter-Bewegung herausgegebenen »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung«, erklärte im Oktober 1917 auf einem Arbeiterkongreß, daß es über die Notwendigkeit einer starken Monarchie keine Debatte gebe, »weil wir Monarchisten sind aus Vernunft nicht nur, sondern aus Gesinnung. Wir sehen den monarchischen Gedanken, und zwar in seiner Ausgestaltung der Erbmonarchie, »wo der König nicht stirbt«, tief verankert in deutscher Geschichte und im deutschen Volksgemüt«. Auf dem gleichen Kongreß sah *Adam Stegerwald*, der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, in der Monarchie »nicht bloß die zweckmäßigste Staatsform. Die Monarchie ist für uns ein Stück Weltanschauung. Und in Weltanschauungsfragen gibt es kein Verhandeln«⁷. Noch im Juni 1918 forderten die »Richtlinien für die Parteiarbeit« des Zentrums die »Erhaltung einer starken Monarchie«⁸, und selbst *August Pieper*, der keineswegs konservative Generalsekretär des Volksvereins, war überzeugt, der »erbliche Kaiser biete als Herrscher die absolut bessere Garantie für eine gerechtere Staatsregierung als die Vertreter der herrschenden Parteienmehrheit«. Die Republik sei von den Deutschen als Staatsform immer abgelehnt worden. »Sie wollten ihre Bedeutung, Macht und Gewalt als

⁵ *Georg Freiherr von Hertling*, Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik. Freiburg 1897, S. 59. – Zur Stellung *Hertlings* und *Leos XIII.* zu Demokratie und Republik vgl. auch den Beitrag von *Joachim Giers*, Demokratie im Urteil des sozialetischen und sozialtheologischen Denkens in Deutschland, S. 77 ff.

⁶ Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland. Köln 1916, S. 42.

⁷ Bericht über die Verhandlungen des vierten Deutschen Arbeiter-Kongresses vom 28. bis 30. Okt. 1917 in Berlin. Köln 1918, S. 13, 43.

⁸ *Karl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrums-partei. Bd. 8, Köln 1931, S. 364.

Volk, Staat und Reich symbolisch verklärt und verkörpert finden im König und Kaiser«⁹.

In engem Zusammenhang mit dem Ja zur Monarchie und dem Nein zur Republik stand die betont nationale Haltung der deutschen Katholiken im Weltkrieg. Auch sie waren von der sittlichen Gerechtigkeit der deutschen Sache zutiefst überzeugt. Bestärkt wurden sie in ihrer nationalen Haltung von der Absicht, die alte Verdächtigung, »Reichsfeinde« zu sein, nun endgültig widerlegen zu können. Dazu kam schließlich noch die Hoffnung, ein Sieg der deutschen Waffen gereiche auch zum Vorteil des Katholizismus in Deutschland und Europa¹⁰. Als sich der schwäbische, aus der katholisch-sozialen Bewegung kommende und dem linken Flügel des Zentrums angehörende Reichstagsabgeordnete *Matthias Erzberger* unter dem Eindruck der kritischen Lage Deutschlands und angesichts der Friedensbemühungen *Benedikts XV.* 1917 an die Spitze der Bestrebungen um einen »Verständigungsfrieden« stellte und das Zentrum mit der linksliberalen Fortschrittspartei und den Mehrheitssozialisten zusammenging, begann sich der deutsche Katholizismus vom Wilhelminischen System zu lösen. Allein *Erzberger* konnte nur Teilerfolge erringen, nicht zuletzt wegen des Widerstandes einer starken Rechtsgruppe in der eigenen Partei. Deren einflußreiches Sprachrohr, die »Kölnische Volkszeitung«, polemisierte bis zum Ende des Krieges gegen die »Pazifisten«. Und schon bald nach dem Umsturz wurde von national-konservativen Kreisen im Katholizismus erklärt, der Vorwurf, jenen Parteien gefolgt zu sein, die »Krone, Heer und Vaterland stets nur auf das äußerste bekämpft hatten«, und so die Front verraten zu haben, »trifft in seiner vollen Wucht auch die Zentrumsfraktion und einen Teil der Zentrumspresse«. Vor allem *Erzberger* habe den Kriegswillen der Gegner gestärkt, den Defaitismus in Deutschland geschürt und damit zur Niederlage entscheidend beigetragen. Wie tief der Gegensatz reichte, zeigt das Urteil *Hertlings* über seinen Parteifreund: »Erzberger ist das Verderben für das Zentrum, aber nicht nur für die Partei, sondern für unser ganzes Vaterland, und vor allem für die katholische Kirche«¹¹.

Keine einheitliche Stellung vermochten die deutschen Katholiken auch in der Ende des Krieges sich verstärkenden Diskussion um das gleiche

⁹ *August Pieper*, Demokratische Forderungen und deutsche Freiheit. M.Gladbach 1918, S. 12 f., 15.

¹⁰ Zur Rolle, die *Max Scheler* in diesem Zusammenhang spielte, vgl. *Heinrich Lutz*, Demokratie im Zwielicht. München 1963, S. 22–42.

¹¹ Historisch-Politische Blätter 164 (1919), S. 240; 165 (1920), S. 110 f.

Wahlrecht einzunehmen. Die Fraktionsmehrheit des Zentrums im Reichstag unterstützte die Reform des nur noch in Preußen geltenden Dreiklassenwahlrechts. Die agrarisch-konservativ geprägte Landtagsfraktion sprach sich dagegen aus. Der konservative Teil des Zentrums sowie ein Teil des preußischen Episkopates und des Klerus befürchteten als Folge des gleichen Wahlrechts die Herrschaft sozialistischer und liberaler Parteien, die Trennung von Kirche und Staat, die Beseitigung der Bekenntnisschule, den Verlust der kirchlichen Freiheit und einen neuen Kulturkampf. Der andere Teil des Zentrums, besonders aber die katholische Arbeiterbewegung und die Christlichen Gewerkschaften, hinter denen der Volksverein stand, forderten auch in Preußen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Als am 12. Juni 1918 eine Mehrheit der Zentrumsvertreter mit Nein stimmte, empörten sich die 1200 Delegierten der am 23. Juni nach Bochum einberufenen Versammlung der Arbeiterwähler des Zentrums über die ablehnenden Abgeordneten. Denjenigen, die »im Ausbau der Rechte der Arbeiter als Staatsbürger versagt haben, sind die katholischen Arbeiter nicht mehr in der Lage, ihre Stimme zu geben«¹². Die Revolution vom November 1918 machte jedoch auch diese innerkatholische Wahlrechtsdiskussion gegenstandslos.

II.

Der Umsturz traf Deutschland und den deutschen Katholizismus wie ein Schock. Unter den meuternden Matrosen und in den Arbeiter- und Soldatenräten waren zwar auch Katholiken, aber im deutschen Katholizismus als solchem stieß die Revolution auf allgemeine Ablehnung. Die geltende christliche Staatsphilosophie anerkannte »grundsätzlich kein Recht des gewaltsamen Umsturzes«, und nirgendwo konnte daher »die sittliche Verurteilung der November-Revolution selbstverständlicher sein«¹³, versicherte der prominente Zentrumspolitiker *Albert Lauscher* in einer Festschrift seiner Partei zum zehnjährigen Bestehen der Weimarer Republik. *Max Pribilla SJ* sprach wohl im Namen der meisten Katholiken, wenn er die Revolution einen »einzigartigen, welt-

¹² Bericht über die erste Tagung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. Juni 1918. Krefeld 1918, S. 36.

¹³ *Albert Lauscher*, Die Arbeit an der Weimarer Verfassung, in: *Karl Anton Schulte* (Hrsg.), Nationale Arbeit. Berlin-Leipzig o. J. (1929), S. 154–191, S. 154.

geschichtlichen Frevel am deutschen Volke«¹⁴ nannte. Das bedeutete nicht, daß man resigniert oder empört bei dem Nein stehen blieb. Nichts Menschliches, auch die Revolution nicht, sei »so grundschlecht, das es ein rücksichts- und bedingungsloses Verdammungsurteil verdiene«. Soweit sie Untreue, Feigheit und Unrecht sei, müsse man sie ablehnen, urteilte *Peter Lippert SJ*. »Soweit sie aber etwa eine Befreiung und Ausweitung des menschlichen Geistes, eine Vertiefung und Bereicherung der Lebensformen«¹⁵ zu bringen vermöge, werde man sie begrüßen. Zunächst ging es darum, den verfassungslosen Zustand zu beseitigen und die rechtlichen Grundlagen für eine neue staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu schaffen.

Politische und soziale Meinungsverschiedenheiten hatte es im deutschen Katholizismus immer gegeben. Aber im großen und ganzen war der Wille zur politischen Einheit bisher stärker gewesen. Die Revolution und besonders das Ringen um das Wie des staatlichen Neuaufbaus bewirkten nun eine Änderung. Die Rechts- bzw. Linksrichtungen entfalteten sich weitaus stärker als früher. Aus vorwiegend föderalistischen Motiven lösten sich bereits im November 1918 die bayerischen Zentrumsanhänger unter Führung des »Bauernkönigs« *Georg Heim* vom Zentrum und gründeten die agrarisch geprägte, konservative Bayerische Volkspartei als »Partei der bürgerlichen Sammlung und Gegenwehr«¹⁶. Da die Weimarer Verfassung das Problem Föderalismus-Zentralismus in einer die Bayern befriedigenden Form nicht zu regeln vermochte, blieb der Riß unheilbar. Anfang 1920 wurde auch die bis dahin noch bestehende Arbeitsgemeinschaft mit der Zentrumsfraktion gelöst. Aber die Spannungen reichten tiefer. Nur ein Teil der Rechts- wie Linksgruppen im deutschen Katholizismus sah seine politische Heimat weiterhin im Zentrum oder in der Bayerischen Volkspartei. Auf der rechten Seite übten schon bald die Deutschnationalen eine nicht geringe Anziehungskraft auf viele Katholiken aus. Auf der linken Seite schlossen sich kleinere Gruppen der Sozialdemokratie an oder versuchten eigene Parteien zu bilden.

Das Zentrum selber zeigte gegenüber der Vorkriegszeit eine stärkere Linksorientierung. Es stellte sich bewußt auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen und sprach sich klar für den Aufbau

¹⁵ *Peter Lippert*, Klerus, Krieg und Umsturz, in: *Stimmen der Zeit* 97 (1919), S. 81–88, S. 84 f.

¹⁶ *Karl Schwend*, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954, S. 58.

¹⁴ *Max Pribilla*, Wege zur Verständigung, in: *Stimmen der Zeit* 102 (1922), S. 241–255, S. 244.

einer demokratischen Republik aus. Die Wiederherstellung einer gestürzten legitimen Staatsgewalt sei nicht das wichtigste Ziel. Wichtiger sei das Gemeinwohl. »Ihm muß sich alles, auch das Prinzip der Legitimität, unterordnen«. Schließlich sei »der Staat nicht des Fürsten, sondern des Volkes wegen da«¹⁷. Die betont republikanische, nach links tendierende Richtung hatte ihre Wurzeln vor allem in den katholischen Arbeitervereinen und im südwestdeutschen Katholizismus. Ein Wahlauftrag des Württembergischen Zentrums erklärt schon im Dezember 1918, die Wiederherstellung der Monarchie »wäre gleichbedeutend mit der Heraufbeschwörung eines verhängnisvollen Bürgerkrieges«. Der »Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei« vom 30. Dezember 1918 verlangte, daß »auf dem Boden der gegebenen Tatsache«¹⁸ eine demokratische Republik geschaffen werden müsse. Und der schwäbische Zentrumsführer *Adolf Gröber* sah »in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit«, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen. »Wir wollen die demokratische Republik, aber keine sozialistische Republik«¹⁹.

Ein Hauptgegenstand der Diskussion um Demokratie und Republik war in der Nationalversammlung und in der Folgezeit Artikel 1 der Verfassung: »Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Der erste Satz stellte lediglich eine bestehende Tatsache fest. Erbittert gerungen wurde dagegen um den zweiten Satz. Die republikanische Richtung im deutschen Katholizismus – Hauptsprecher war *Joseph Mausbach*, der als Abgeordneter der Nationalversammlung großen Anteil am Zustandekommen der Verfassung hatte – verteidigte ihre »richtige« Interpretation: »Überall aber hat die Autorität der staatlichen Machthaber . . . im Volke ihren unmittelbaren, diesseitigen Grund, geht also nur mittelbar auf die überirdische, göttliche Quelle zurück. Die von Gott zunächst dem Volke mitgeteilte Gewalt fließt von ihm auf die Herrschenden über«²⁰. Es genüge, daß Gott der Schöpfer der Natur und der Staat ein »naturnotwendiges Gebilde ist, das zu seinem Bestehen unbedingt eine Autorität erfordert. Gott als

¹⁷ *Lauscher*, Die Arbeit an der Weimarer Verfassung a. a. O., S. 155. Eine kommentierende Literaturübersicht über die Stellung der deutschen Katholiken zur Weimarer Republik bietet *Peter Haungs*, Die Zentrumspartei in der Weimarer Republik, in: *Civitas* 6 (1967), S. 252–285.

¹⁸ *Bachem*, Geschichte der Zentrumspartei S. 264, 366.

¹⁹ *Adolf Gröber*, Das Neue Reich. Rede gehalten in der 6. Sitzung der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung zu Weimar am 13. Februar 1919. Berlin 1919, S. 19 (Flugschriften der Deutschen Zentrumspartei, Nr. 8).

²⁰ *Joseph Mausbach*, Kulturfragen in der Deutschen Verfassung. M.Gladbach 1920, S. 27.

Urheber der Natur ist auch der Urheber alles dessen, was notwendig aus der Natur sich ergibt«²¹. Der Satz wurde also im Sinne der Theorie von der gemäßigten Volkssouveränität gedeutet. Weiter wies man daraufhin, daß er nur eine erläuternde Fortführung des ersten Satzes sei und besage, fortan gehe auch im Deutschen Reich die Staatsgewalt »vom Volke aus, *nicht mehr von einem Monarchen*«²². Damit hing das Argument zusammen, daß der Umsturz von 1918 dem katholischen Volksteil gegenüber den »Fesseln der Staatsbevormundung und vielfachen Kirchengegnerschaft«²³ in der Monarchie wesentlich freiere Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet habe. Grundsätzlich sei die Kirche für die verschiedensten Staatsformen offen und stehe auch »der politischen Demokratie in wohlwollender Neutralität gegenüber«²⁴. Der Staatsbürger aber schulde jeglicher Obrigkeit Gehorsam, »also der heutigen verfassungsmäßigen Gewalt ebenso wie der früheren«²⁵.

Auf dem ersten Parteitag im Januar 1920 erklärte der rheinische Zentrumsführer *Karl Trimborn*, daß die Zustimmung zur Verfassung jenen »Grundsatz des Zentrumsprogramms, wonach die Partei eine monarchische sei, durchbrochen«²⁶ habe. Auf dem zweiten Zentrumsparteitag im Januar 1922 erinnerte der Bonner Theologieprofessor *Lauscher* an die Gleichberechtigung, die das Christentum gebracht habe. Daraus folge: »Christentum und Demokratie sind innig miteinander verwandt . . . Die christliche Demokratie muß das Ideal sein, um das wir ringen«²⁷. Wenn die »Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei« vom 16. Januar 1922 sich distanzierter äußerten, so sprachen doch auch sie vom Volk als dem »Träger der Staatsgewalt«²⁸. Der Kölner Oberbürgermeister *Konrad Adenauer* trat als Präsident des Münchener Katholikentages von 1922 der Kritik Kardinal *Faulhabers* an der Weimarer Republik öffentlich entgegen und warnte davor, im staatlichen Leben Gefühlsmomenten nachzugeben. Er ließ dabei deutlich erkennen,

²¹ *Heinrich Sierp*, Grenzen der Demokratie, in: Stimmen der Zeit 96 (1919), S. 382–393, S. 385.

²² *Bachem*, Geschichte der deutschen Zentrumspartei S. 313.

²³ *Konrad Beyerle*, Republik, in: Staatslexikon. Bd. 4. Freiburg ³1931, Sp. 899–905, Sp. 905.

²⁴ *Heinrich Sierp*, Demokratie und Kirche, in: Stimmen der Zeit 97 (1919), S. 31 bis 42, S. 32.

²⁵ *Joseph Mausbach*, Der Gemeinschaftsgeist der Religion Christi, in: Soziale Arbeit im neuen Deutschland. Festschrift für *Franz Hitze*. M.Gladbach 1921, S. 7–19, S. 16. – Vgl. auch *Giers*, Demokratie im Urteil, S. 84 f.

²⁶ *Josef Joos*, Die politische Ideenwelt des Zentrums. Karlsruhe 1928, S. 30.

²⁷ Historisch-Politische Blätter 170 (1922), S. 92.

²⁸ *Wilhelm Mommsen* (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. München ²1964, S. 486 bis 489, S. 487.

daß die negative Haltung des Kardinals keinesfalls von der Gesamtheit der deutschen Katholiken geteilt werde²⁹. Was die Stellung der Bischöfe betraf, so hatten sie in einer Denkschrift vom 20. August 1920 an die Reichsregierung zwar einzelne Bestimmungen der Verfassung kritisiert. Sie hatten jedoch keinen Einwand gegen den gerade im katholischen Raum so heftig umstrittenen Artikel 1 erhoben, sondern vielmehr anerkannt, daß die Verfassung der Kirche auf manchen Gebieten »größere Freiheit« gewähre, und den Mitgliedern der Nationalversammlung für alles gedankt, was »in Verteidigung der kirchlichen Grundsätze zur Verbesserung und Ergänzung des ursprünglichen Entwurfes«³⁰ geschehen sei. Bischof *Christian Schreiber* von Meißen begrüßte auf einem Katholikentreffen in Chemnitz am 21. November 1921, daß der neue Staat »auf der Grundlage der Demokratie und der Gewissensfreiheit aufgebaut« sei. Er rief deshalb die Katholiken auf, sich trotz mancher Bedenken »rückhaltlos auf den Boden der Reichsverfassung zu stellen«³¹. Der eigentliche Führer des linken Zentrums und Motor der republikanischen Richtung im deutschen Katholizismus war der Freiburger Abgeordnete *Joseph Wirth*. Am 13. November 1918 hatte er zwar – eben zum neuen Finanzminister Badens ernannt – vor dem Freiburger Arbeiter- und Soldatenrat eine sozialistische Republik entschieden abgelehnt und verlangt, »auf verfassungsmäßigem Wege die Entscheidung über die neue Staatsform«³² herbeizuführen. Für die demokratische Republik setzte er sich jedoch mit der ganzen Kraft seines kämpferischen Temperamentes ein und ließ niemanden über seine »politische Stellung als christlicher Demokrat und Republikaner je im Zweifel«. Die Rettung des deutschen Volkes schien ihm nur »durch die demokratische deutsche Republik« möglich. Die Verfassung an sich sei vergängliches Menschenwerk. Bestand haben werden jedoch ihre großen Prinzipien: »Ableitung der Regierungsgewalt von dem Volkswillen, also Demokratie, Bestimmung der Staatsform durch den Willen des Volkes, Versöhnung der Klassen und Stände«³². *Wirth* erkannte wohl die Schwäche in der Beweisführung vieler Verteidiger der Republik,

²⁹ Vgl. Die Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27. bis 30. August 1922. Würzburg 1923, S. 204 f.

³⁰ *A. J. Rosenberg*, Zeitlage und kirchliches Leben im Jahre 1919/20, in: Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. Bd. 9. Freiburg 1920, S. 74 bis 121, S. 108.

³¹ Historisch-Politische Blätter 169 (1922), S. 108.

³² *Josef Wirth*, Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat. Berlin 1924, S. 6, 13, 20, 23 f.

die den Akzent meistens nur auf die Erlaubtheit der Mitarbeit legten, und betonte deshalb immer wieder die Verpflichtung. In den »Stimmen der Zeit« wurde *Pribilla* nicht müde, auf diese Pflicht zur Mitarbeit hinzuweisen. Das Volk habe sich nun einmal »in seiner überwiegenden Mehrheit durch seine in freier Wahl gewählten Vertreter« für die Republik ausgesprochen. Für den Wiederaufbau des Staates komme deshalb nur sie in Frage. Die Republik »muß daher die verfassungsmäßige Grundlage unserer öffentlichen Arbeit bilden«³³. Zwar könne auch sie keine Wunder wirken. Aber Spott und Hohn seien »ebenso billig wie unberechtigt«, zumal »das alte System mit seinem Kastengeiste und seiner Imparität«³⁴ trotz mancher Vorzüge abgewirtschaftet habe. In ähnlicher Weise mahnte der in München lehrende Rechtshistoriker *Konrad Beyerle*, für den die Verfassungsberatungen »vielleicht der Höhepunkt seines Lebens«³⁵ waren, daß eine untergegangene Ordnung nicht mehr binde. Wohl aber verpflichte eine »tatsächlich geltende und rechtmäßig zustande gekommene« Verfassung jeden Katholiken »im Gewissen«³⁶. Nachdem im August 1921 *Erzberger* und im Juni 1922 Außenminister *Walther Rathenau* von Rechtsradikalen ermordet worden waren, wies *Wirth* als Reichskanzler dem Schutz der Republik den Vorrang vor allen anderen Aufgaben zu. In dieser erregten Situation fiel am 25. Juni, einen Tag nach dem Anschlag auf *Rathenau*, im Reichstag sein historisches, an die Deutschnationalen gerichtetes Wort: »Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: *dieser Feind steht rechts!*«³⁷. Es war ein Wort, das *Wirths* innerste Überzeugung ausdrückte, das aber zugleich die Abneigung auch der rechtsgerichteten Katholiken gegen ihn und die republikanische Richtung im Katholizismus entscheidend verstärkte. *Wirths* temperamentvolles Ja zur Republik fand großen Anklang im »Reichsverband der Deutschen Windthorstbunde«, der Jugendorganisation des Zentrums. Unterstützung erhielt der linke Zentrumsflügel

³³ *Max Pribilla*, An der Wende unseres Volkes, in: Stimmen der Zeit 99 (1920), S. 1–14, 5 f.

³⁴ *Pribilla*, Wege zur Verständigung a. a. O. S. 245, 247.

³⁵ *Schwend*, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur S. 100.

³⁶ *Konrad Beyerle*, Die Katholiken und der Volksstaat von Weimar, in: *Godehard Josef Ebers* (Hrsg.), Katholische Staatslehre und volksdeutsche Politik. Freiburg 1929, S. 85–96, S. 93.

³⁷ *Herbert Michaelis* – *Ernst Schraepler* – *Günter Scheel* (Hrsg.), Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Bd. 4. Berlin o. J. (1960), S. 214.

ferner von der »Rhein-Mainischen Volkszeitung« und den katholischen Arbeitervereinen mit ihrem Sprachrohr »Westdeutsche Arbeiterzeitung«. Das leidenschaftlich republikanische Engagement *Wirths* blieb jedoch auch im Zentrum nicht ohne Widerspruch. So ließ z. B. der Fraktionssprecher *Hans Bell* bei der ersten Beratung des »Gesetzes zum Schutz der Republik« am 5. Juli 1922 keinen Zweifel aufkommen, daß der von *Wirth* vorgelegte Entwurf in einer Weise umgestaltet werden müsse, daß eine Anwendung gegen rechts *und* links möglich werde³⁸. Grundsätzlich stand das Zentrum Anhängern der Republik und der Monarchie offen. Letztere sollten sich nur im politischen Alltag auf den Boden der bestehenden Tatsachen stellen. Tatsächlich blieben die engagierten Monarchisten jedoch in der Minderheit und ohne größeren Einfluß. Andererseits bildeten aber auch die innerlich überzeugten Republikaner wohl nur eine knappe Mehrheit³⁹.

Einer der Repräsentanten des Rechtsflügels im Zentrum, der nicht gegen die Demokratie schlechthin, wohl aber gegen die sog. »Formaldemokratie« gewisse Vorbehalte anmeldete, und damit ein Gegenspieler *Wirths* war *Stegerwald*. In einer großes Aufsehen erregenden Rede forderte er 1920 einen organisch-christlichen, deutschen Staat, der nichts mit dem »rationalistischen und mechanistischen Denken der französischen Aufklärungszeit« zu tun habe. Demokratie in diesem Sinne sei »etwas rein Formales, ist ein *Zwangsinstitut*, das zur Willkürherrschaft von zufälligen Parlamentsmehrheiten« führe. Anstelle des Zentrums empfahl er die Bildung einer antisozialistischen, nationalen Volkspartei, welche die »vaterländischen, christlichen, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten«⁴⁰ umfassen sollte. Auf welchen Boden solche Gedanken fielen, zeigte ein Aufsatz in der »Deutschen Arbeit«, der Monatsschrift der Christlichen Gewerkschaften. Der Autor wandte sich gegen den »Nimbus der westlerischen Demokratie als rettende Verfassungsform«, begrüßte den »als Wunderglaube an starkes, an heldisches Führertum« wiederauflebenden monarchischen Gedanken und freute sich, daß das Vertrauen zu den »Parteien als Gebilde, die unfehlbar Rettung und

³⁸ Vgl. *Rudolf Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966, S. 460 f.

³⁹ 1925 lautete eine Schätzung: »60% sattelfeste Republikaner, 10% entschiedene Monarchisten, 30% Unentschiedene« (*Lutz*, Demokratie im Zwielficht S. 107).

⁴⁰ Niederschrift der Verhandlungen des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom 20. bis 23. November in Essen. Köln 1920, S. 191, 221 f., 231.

Hilfe bringen«⁴¹, verschwinde. In den »Richtlinien« vom 16. Januar 1922, dem bis zur Auflösung des Zentrums gültigen Parteiprogramm, fehlten das Wort »Demokratie« und das ausdrückliche Ja zur republikanischen Staatsform. Ein Kommentar hielt die Republik nicht für entscheidend: »Welche Form der deutsche Volksstaat letzten Endes annehmen wird, wissen wir heute nicht«⁴².

Neben dieser national-konservativen Richtung *im* Zentrum, die in ihrer Mehrheit durchaus auf demokratischem Boden stand, ging ein nicht kleiner Teil des deutschen Katholizismus einen wesentlichen Schritt weiter und sprach zu Weimarer Verfassung und Republik ein grundsätzliches Nein. Vorgetragen und unterstützt wurde diese Ablehnung vor allem in den »Historisch-Politischen Blättern«, die im 19. Jahrhundert lange Zeit das führende Organ der katholisch-sozialen Bewegung waren⁴³; ferner in der von *Karl Görres*, dem Schwiegersohn des ehemaligen Zentrumsvorsitzenden *Peter Spahn*, herausgegebenen »Görres-Korrespondenz«, in den Trierer »Petrus-Blättern«, in der Frankfurter Zeitschrift »Der Fels« (früher »Apologetische Rundschau«) – die beiden letzten standen bereits im Gewerkschafts- und Zentrumsstreit vor dem Weltkrieg auf seiten der integralistischen Richtung – und der Wiener Zeitschrift »Das Neue Reich«, die allerdings Mitte der zwanziger Jahre unter einer neuen Redaktion auf eine gemäßigte Linie einschwenkte.

Hauptangriffsziel der antidemokratischen Rechten war die Volkssouveränität. Man verstand sie im Sinne der Theorie *Rousseaus* von der *absoluten* Volkssouveränität: Eigentliche und letzte und einzige Quelle der staatlichen Gewalt ist das Volk. Diese Lehre stehe aber in direktem Gegensatz zur Offenbarungswahrheit: »Alle Gewalt stammt von Gott« (Röm 13, 1). Aber auch die Theorie von der bloß mittelbaren Herkunft der Staatsgewalt von Gott hielt der Bonner Kirchenhistoriker *Heinrich Schrörs*, einer der schärfsten Kritiker, für »falsch und unkatholisch«. Wie die Familiengewalt des Vaters, so habe auch die Gewalt des Staates ihren Ursprung direkt und unmittelbar in Gott. Noch während der Beratungen der Nationalversammlung fällte er daher das Urteil: »Volkssouveränität steht in schneidendem Wider-

⁴¹ *Eduard Stadtler*, Was fordert die Stunde von der christlichen Gewerkschaftsbewegung? in: *Deutsche Arbeit* 6 (1921), S. 176–187, S. 184.

⁴² *Josef Joos*, Zentrumsprogramm und politische Zeitaufgaben. Berlin o. J. (1922), S. 8.

⁴³ Vgl. *Franz Josef Stegmann*, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage. München-Wien 1965.

spruche mit der christlichen Staatsauffassung. Aus diesem Grunde könnte kein Katholik für eine Verfassung stimmen oder auf eine Verfassung den Eid ablegen, die jenes Prinzip zum Ausdruck brächte«⁴⁴. Nach der Verabschiedung der Verfassung erneuerte *Schrörs* seine Ablehnung. Der Apostel *Paulus* deute nirgendwo an, daß er die Übertragung der Gewalt in einem nur mittelbaren Sinn meine. Deshalb müsse man seine Aussage »im Sinne einer *unmittelbaren* Übertragung der Gewalt durch Gott an den Staat« verstehen. Damit sei die Lehre von der Volkssouveränität »mit der katholischen Lehre schlechthin unvereinbar« und widerspreche »in direkter Weise einem ausdrücklichen und geoffenbarten Dogma«⁴⁵. In ähnlicher Weise drückten viele andere Kritiker, unter denen sich nicht wenige Theologen befanden, immer wieder ihre Überzeugung aus, daß der umstrittene Artikel 1 »im schroffsten Widerspruch zur katholischen, zur christlichen Lehre« stehe, »für den gläubigen Christen unannehmbar« sei und eine »Wahrheit der Offenbarung«⁴⁶ ausschließe. *Augustin Galen* OSB sprach gar von einem Raub an der Ehre Gottes, den man nur »sakrilegisch«⁴⁷ nennen könne.

Wie die Volkssouveränität so wurden das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, das »auf der Fiktion der Gleichheit oder besser der Lüge« beruhende allgemeine Wahlrecht, die politischen Parteien als »Folge der individualistischen und liberalen Auflösung der alten Gesellschaft«, der »moderne Parlamentarismus« und die »moderne Demokratie« schlechthin als »Irrlehre« und »dauernde Lüge« verworfen. Sie alle ergäben sich aus einer »unchristlichen Staatsauffassung« und schädigten zudem das Volk, da nicht Arbeiter, Handwerker und Bauern, sondern »Adel, Militär und die »königlichen Kaufleute«⁴⁸ zur Leitung der Politik fähig und berufen seien. Konsequenterweise verurteilten die Kritiker daher die ganze Verfassung und den Weimarer Staat als unchristlich und als Unrecht am deutschen Volk. *Hermann Freiherr von Lüninck*, ein weiterer Wortführer der antirepublikanischen Richtung im deutschen Katholizismus, warf der Verfassung vor, sie tilge »alles Christliche aus unserem öffentlichen Leben«⁴⁹ aus, und *Schrörs* stellte

⁴⁴ *Heinrich Schrörs*, *Katholische Staatsauffassung. Kirche und Staat*. Freiburg 1919, S. 23, 32.

⁴⁵ *Historisch-Politische Blätter* 170 (1922), S. 556 f., 561.

⁴⁶ *Historisch-Politische Blätter* 165 (1920), S. 59, 426, 630.

⁴⁷ *Rosenberg*, *Zeitlage und kirchliches Leben* a. a. O. S. 109.

⁴⁸ *Historisch-Politische Blätter* 163 (1919), S. 409; 164 (1919), S. 195, 198; 166 (1920), S. 571; 167 (1921), S. 534; 169 (1922), S. 100.

⁴⁹ *Historisch-Politische Blätter* 165 (1920), S. 119.

fest, daß der neue Staat wegen seiner verfassungsmäßigen Grundlagen »von Katholiken *prinzipiell* nicht anerkannt werden«⁵⁰ könne. Auf dem Münchener Katholikentag von 1922 distanzierte sich Kardinal *Faulhaber* von jenem (Weimarer) Staat, »der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes«, und verdammt die Revolution von 1918 als »Meineid und Hochverrat«, als eine Untat, die auch »der Erfolge wegen nicht heilig gesprochen werden«⁵¹ dürfe. Noch schärfer formulierte die Anklage *Paul Siebertz*, der Biograph des Katholikentagskommissars *Karl Fürst zu Löwenstein*. Die Weimarer Verfassung nannte er »ein einziges verbrecherisches Abgehen von jeder historischen Denkweise«. Unter dem Druck der Sozialisten habe das Zentrum »Wort für Wort von seinen altherwürdigen Leitsätzen« aufgegeben. Daher seien beide »für Deutschlands Verderben verantwortlich«⁵².

An die Stelle des Ja zu Volkssouveränität und demokratischer Republik setzten die katholischen Rechtskreise das Bekenntnis zum »Gottesgnadentum« und zur Monarchie. Alles Gerede vom Ende des »Gottesgnadentums« und von der Ablösung des Obrigkeitsstaates durch den Volksstaat, das auch im katholischen Volk umgehe, hielt der Paderborner Generalvikar *A. J. Rosenberg* »vom katholischen Standpunkt aus zum mindesten *pias aures offendentes*«⁵³. Nach Meinung der »Historisch-Politischen Blätter« war das »heldische Staatsideal der Monarchie«, das im Gegensatz zum »händlerischen Staatsideal« der Republik auch sittliche Pflichten anerkenne, »zugleich das christliche«, weil es »Thron und Altar« miteinander verband und »Demut und Gehorsam von den »Untertanen« verlangte«. Außerdem sei die Monarchie »die historische Regierungsform des deutschen Volkes«. Mag die Pflicht des Gehorsams gegen den neuen Staat auch notwendig sein; »die Pflicht der *Treue* gegen die alte, von der Republik gestürzte Dynastie besteht fort«. Auf längere Sicht gelte es, die augenblickliche unchristliche Staatsform durch eine christliche zu ersetzen. »Diese muß sein von Gottes Gnaden und nach deutscher Tradition die Monarchie«⁵⁴.

Aus ihrer Haltung zu Monarchie und Republik heraus warfen die katholischen Kritiker dem Zentrum vor, es habe christliche Grundsätze aufgegeben und seine alten Prinzipien verraten. Der eben erwähnte Pa-

⁵⁰ Historisch-Politische Blätter 170 (1922), S. 562 f.

⁵¹ Die Reden S. 3 f.

⁵² *Paul Siebertz*, Deutschland zur Zeit seiner größten Schmach. München-Kempten 1923, S. 24 f.

⁵³ *Rosenberg*, Zeitlage und kirchliches Leben a. a. O. S. 93.

⁵⁴ Historisch-Politische Blätter 168 (1921), S. 483, 620; 169 (1922), S. 9.

derborner Generalvikar *Rosenberg* bedauerte, daß das Zentrum seit der Revolution an »der definitiven Festigung der Republik« arbeite und somit eine »grundsätzliche Wandlung« vollzogen habe, weshalb »sich die monarchisch gesinnten Mitglieder der Partei zurückgestoßen«⁵⁵ fühlten. *Georg von Jochner*, dem Herausgeber der »Historisch-Politischen Blätter«, und nach seiner Meinung »vielen treuen deutschen Katholiken« erschien diese Wandlung als »Preisgabe alterprobter Grundsätze« und »verhängnisvoll und katastrophal«. *Lüninck* ging noch einen Schritt weiter. Das Zentrum weiche nicht nur seit 1917 von seinen alten Idealen ab, es habe sie zum Teil sogar »in ihr Gegenteil verkehrt« und lasse es überhaupt an einer »kraftvollen Verteidigung seiner christlichen Grundsätze« fehlen. Die Republik sei nun einmal »das Staatsideal des Liberalismus und der Aufklärungsphilosophie«. Wenn die Führung des Zentrums aber zur Republiktreue aufrufe, so werde sie damit »christlichen Staatsauffassungen untreu«. Die katholische Rechte bezog in ihre Kritik auch das bedingte Ja des Episkopates zur Weimarer Verfassung mit ein. Sein Optimismus erzeuge bei vielen Menschen Bedenken, vor allem aber dürften auch die Bischöfe von einem monarchisch gesinnten Katholiken nicht verlangen, »daß er ablassen sollte, seine politischen Ideale zu pflegen«⁵⁶.

Anfang 1920 stellte *Lüninck* das Zentrum vor die Alternative, entweder nehme es »die Wiederherstellung der Monarchie« in Aussicht bzw. ermögliche es den Anhängern der Monarchie in der Partei, sich öffentlich für deren Wiederherstellung zu betätigen, oder aber es zwinge diese Kreise, »dem Zentrum den Rücken zu kehren«. Einige Monate später war er schon zu der Überzeugung gelangt, daß »auf die Dauer eine Spaltung des Zentrums«⁵⁷ in eine katholisch-konservative und eine christlich-demokratische Partei unvermeidlich sei. Deutlich kann man darin eine journalistische Schützenhilfe für die Gründung der »Nationalen Arbeitsgemeinschaft deutscher Katholiken« erkennen, die im Frühjahr 1920 in der Deutschnationalen Volkspartei erfolgte. Seit dem 1. April dieses Jahres erschien als »Organ des Reichsausschusses der Katholiken in der DNVP« die Wochenschrift »Katholisches Korrespondenzblatt«. Die deutschnationalen Katholiken warfen dem Zentrum vor, »in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie den Siegeswillen unseres Volkes« gebrochen und die Monarchie sowie das

⁵⁵ *Rosenberg*, *Zeitlage und kirchliches Leben*, a. a. O. S. 103.

⁵⁶ *Historisch-Politische Blätter* 164 (1919), S. 232; 165 (1920), S. 61; 168 (1921), S. 482; 169 (1922), S. 111.

⁵⁷ *Historisch-Politische Blätter* 165 (1920), S. 63, 566.

»enge Band zwischen Staat und Kirche« preisgegeben zu haben. »Das Zentrum ist daher nicht mehr vertrauenswürdig«⁵⁸. Als sich Reichskanzler *Wirth* nach dem Mord an *Erzberger* noch entschiedener gegen den »Feind auf der rechten Seite« wandte, verließ mit *Martin Spahn*, dem Sohn des ehemaligen Zentrumsvorsitzenden *Peter Spahn*, im September 1921 eine führende katholische Persönlichkeit die Partei. Wenn das Zentrum »die Interessen des katholischen und monarchischen Volkes« nicht mehr vertrete, meinten andere Kritiker, werde auch für sie »die Ziehung eines politischen Trennungsstriches zwischen ihm und uns ein Gebot der Moral«. Den Deutschnationalen müsse man zumindest »die Integrität der Gesinnung gegenüber den Forderungen der Religion, Sittlichkeit und Ordnung zubilligen«. *Wirth* dagegen betreibe den »Ruin des deutschen Zentrums« und sei »als katholischer Staatsmann«⁵⁹ erledigt. In einer Vorbetrachtung zum Münchener Katholikentag von 1922 schrieb *Max Buchner*, das System, dessen Repräsentant *Wirth* sei, müsse von den deutschnationalen Katholiken sowohl aus »christlich-katholischem Empfinden heraus wie aus nationalen Beweggründen aufs schärfste«⁶⁰ abgelehnt werden. Bereits im gleichen Jahr wurde schließlich ernsthaft von der Diktatur als dem einzig noch möglichen Ausweg gesprochen. Sie sei dann berufen, ein System abzulösen, das »mit den revolutionären Organisationen liebäugelt«, aber gegen »die *oberen*, rechtsstehenden Kreise«⁶¹ nur noch mit Drohungen vorgehe.

III

Nach 1922 drängte die politische Entwicklung das Zentrum immer wieder zu Koalitionen mit Rechtsparteien und machte es bis 1928 zu einer festen Stütze nichtsozialistischer Regierungen. Darüber war die Mehrheit der Partei alles andere als glücklich und suchte sich deshalb durch »Linkserklärungen«, die als Gegengewicht wirken sollten, jeweils abzusichern. Den Hauptwiderstand leistete *Wirth*. Im Januar 1924 etwa mahnte er in einem offenen Brief, »die Grenze des politisch Tragbaren und mit dem Gefühl der Verantwortung zu Vereinbaren-

⁵⁸ *Lutz*, Demokratie im Zwielficht S. 84 f.

⁵⁹ Historisch-Politische Blätter 168 (1921), S. 300; 169 (1922), S. 176; 170 (1922), S. 677.

⁶⁰ Katholisches Korrespondenzblatt Nr. 32 vom 19. August 1922.

⁶¹ Historisch-Politische Blätter 169 (1922), S. 10.

den« ja nicht zu überschreiten. Das Zentrum dürfe sich keinesfalls für reaktionäre Zwecke mißbrauchen lassen, sondern müsse eindeutig zur Verfassung stehen. »Der Geist der Weimarer Verfassung ist ein guter, und daß dieser Geist die heutige Staatsform durchdringt, muß unsere stete Sorge sein«. Als sich im Herbst 1924 Bestrebungen abzeichneten, das vom Zentrum geführte Kabinett der Mitte durch Aufnahme der Deutschnationalen zu einem »Bürgerblock« zu erweitern, warnte *Wirth*, auf diesem Weg die Herrschaftsansprüche der alten privilegierten Schichten über das neue demokratische Deutschland zu erfüllen. Aufgabe des Zentrums war es nie und dürfe es nie sein, »den politischen Kräften von Rechts bei ihrem Griff nach der Macht Hilfsdienste zu leisten«⁶². Von dem Widerhall, den *Wirths* politisches Engagement in politisch interessierten Teilen der katholischen Jugend fand, war bereits die Rede. Auf ihrer vierten Reichstagung bekannten sich die Windthorstbünde 1924 in Glatz nachdrücklich »zu dem in Weimar begründeten deutschen Staate« und sahen es als ihre besondere Aufgabe an, ihn »innerlich und äußerlich zu stärken und im Herzen des deutschen Volkes immer tiefer zu befestigen«⁶³. Als sich das Zentrum im Januar 1925 gezwungen sah, das rechtsbürgerliche Kabinett *Luther* zu stützen – *Wirth* drohte deshalb »mit der Gründung einer neuen Partei«⁶⁴, verließ im August die Reichstagsfraktion und vollzog erst im Juli 1926 seinen Wiedereintritt –, betonte die Fraktion, nur »aus staatspolitischen Erwägungen heraus . . . und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine personelle und beschränkte Beteiligung«⁶⁵ einzuwilligen. *Georg Schreiber* rühmte im Juni des gleichen Jahres als Sprecher des Zentrums im Reichstag die Weimarer Verfassung als »eine Zusammenfassung der Lebenskräfte in Deutschlands schwerster Stunde«; und das gebe ihr »einen historischen Platz«⁶⁶. Auf dem Kasseler Parteitag im November 1925 verlangten *Wirth* und *Karl Spiecker*, der Vorsitzende des »Republikanischen Reichsbundes«, das Zentrum dürfe die Republik nicht nur hinnehmen, sondern müsse für sie kämpfen. Besonders *Wirth* erhielt »langanhaltenden, stürmischen, immer

⁶² *Wirth*, Unsere politische Linie S. 39, 42, 90.

⁶³ *Heinrich Krone*, Die junge katholische Generation in der deutschen Politik, in: *Karl Anton Schulte* (Hrsg.), Nationale Arbeit. Berlin-Leipzig o. J. (1929), S. 459–469, S. 465.

⁶⁴ *Josef Becker*, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928), in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 109 (1961), S. 361–482, S. 368.

⁶⁵ *Mommsen* (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme S. 491.

⁶⁶ *Joos*, Die politische Ideenwelt des Zentrums S. 29.

wieder von neuem ausbrechenden Beifall«⁶⁷. Der Parteitag von Erfurt im nächsten Jahr verpflichtete die Mitglieder, »die deutsche Republik innerlich zu stärken und zu festigen«⁶⁸. Als es im Januar 1927 zu einem Zusammengehen von Zentrum und Deutschnationalen und zur Bildung der Regierung *Marx-Hergt* kam, suchte die Fraktion sich durch Fixierung bestimmter Richtlinien gegen allzu starken Druck der Rechten zu sichern. Dieses »Nationalpolitische Manifest« enthielt ein nachdrückliches Bekenntnis zur Republik: »Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden . . . Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit, als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen . . . Die deutsche Zentrumspartei hat diese Verfassung mitgeschaffen. Wir stehen zu ihr, indem wir ihren Sinn hüten, entfalten und pflegen und uns ständig bemühen, diese Verfassung in organischer Verbindung mit dem Volksganzen und seinen lebendigen Kräften zu halten«⁶⁹. Trotz dieses republikanischen Manifestes, das er mit *Joos* und *Heinrich Brauns* ausgearbeitet hatte, lehnte *Wirth* den Eintritt des Zentrums in die Regierung wieder ab. In der anschließenden Kontroverse verteidigte er seine Haltung u. a. mit dem Hinweis, daß es stets sein Ziel sei, »das Zentrum immer mehr in die Linie einer christlich-sozialen, republikanischen Staatspartei zu drängen«⁷⁰. Die Festschrift des Zentrums zum ersten Jahrzehnt des Bestehens der Weimarer Republik schließlich stellte fest: »Wir sind den Weg bis hin zur rückhaltlosen Bejahung der Republik gegangen, wenn wir auch nicht die republikanische Staatsform zum Parteidogma erhoben haben.« Was wir aber von der gesamten Partei verlangen, »ist eine *positive Einstellung* zur rechts- und verfassungsmäßig unterbauten heutigen Staatsform, zur Republik«⁷¹.

Wirths leidenschaftliches Bekenntnis zur Republik war verbunden mit dem Bemühen, in möglichst weitem Umfang die linksgerichteten Kräfte in die staatliche Verantwortung miteinzubeziehen. Dieser Vorstellung stand die Konzeption *Stegerwalds* von einer starken sozialen, christlich-nationalen Mittelpartei gegenüber, die auch ohne die Sozialdemokraten

⁶⁷ Offizieller Bericht des Vierten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Kassel am 16. und 17. November 1925. Berlin o. J., S. 38.

⁶⁸ *Hans Bell*, Verfassungsleben und Rechtspflege seit Weimar, in: *Karl Anton Schulte* (Hrsg.), Nationale Arbeit. Berlin-Leipzig o. J. (1929), S. 389–444, S. 394.

⁶⁹ *Mommsen* (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme S. 493–496, S. 494.

⁷⁰ Promemoria von Reichskanzler a. D. Dr. *Wirth* an Prälat Dr. *Schofer*, in: *Becker*, Josef *Wirth* und die Krise des Zentrums, a. a. O., S. 450–461, S. 452.

⁷¹ *Karl Anton Schulte*, Das Zentrum und die neue Zeit, in: Nationale Arbeit. Berlin-Leipzig o. J. (1929), S. 31–53, S. 39.

regieren könnte. In einem Rückblick auf seine bisherige Tätigkeit verheimlichte *Stegerwald* nicht, daß er seit dem Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften von 1920 »immer mehr von der Sozialdemokratie abrückte«. Er sei zu der Überzeugung gelangt, daß man mit einer politischen Einstellung, der das Rückgrat fehle, »kein selbstbewußtes Volks- und Staatsleben« aufbauen könne; und der Sozialdemokratie fehle dieses Rückgrat, da sie ihr Verhalten nur »an der aufgeregten Straße« orientiere. *Stegerwald* lehnte ferner das Schreckgespenst *Wirths* vom »Bürgerblock« ab. Zum einen seien auch die Sozialdemokraten Bürger des Staates. Zum andern befinde sich auch unter den Wählern nichtsozialistischer Parteien ein Millionenheer von Arbeitern. Eine Koalition ohne Sozialdemokratie als »Bürgerblock« zu disqualifizieren bezeichnete er deshalb »als eine ›stupide‹ Erfindung«⁷². Auf einer Tagung der Arbeiterzentrumswähler verlangte er 1928 in Essen, entweder werde das Zentrum eine mehr nationale Partei, um über seine »eigenen Reihen hinaus volks-, nation- und staatsgestaltend« zu wirken, oder aber sein vor acht Jahren ebenfalls in Essen gemachter Vorschlag müsse Wirklichkeit werden: »eine christlich-soziale Volkspartei, bestehend aus den aktivsten Katholiken und Protestanten«⁷³. Mit der von *Stegerwald* vertretenen Richtung begrüßten im Zentrum auch Kreise des Adels und der Landwirtschaft den Rechtstrend. So sah etwa *Franz von Papen*, einer ihrer Sprecher, 1925 die Hauptaufgabe der Partei in der »Sammlung der Kräfte, die gewillt sind, als autoritäres, nicht nach Tagesmeinungen orientiertes, sich einer Mehrheit sklavisch beugendes Element, der Staatspolitik den festen Kurs zu geben, den der Parlamentarismus aus dem Chaos der sich widerstreitenden Parteien allein nicht zu finden vermag«⁷⁴.

Bei der grundsätzlichen Ablehnung der »linken« Katholiken und besonders ihres republikanischen Engagements blieben jene katholischen Gruppen, deren politische Heimat rechts vom Zentrum war. Sie warfen den Anhängern der Republik vor, jedes Gefühl für nationale Ehre verloren zu haben, und empörten sich gegen das Prunken mit der »demokratischen Gesinnung«, wie es auch für viele katholische Parlamentarier üblich geworden sei. Der »katholische Sozialdemokrat« *Wirth* habe leider noch nicht bemerkt, »daß es nichts bankerotteres gibt als eben den Parlamentarismus«, und daß kein vernünftiger Mensch mehr

⁷² *Adam Stegerwald*, Aus meinem Leben. Berlin 1924, S. 17.

⁷³ *Adam Stegerwald*, Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat. Berlin o. J. (1928), S. 10 f.

⁷⁴ *F. v. Papen*, Der Weg des Zentrums, in: Germania Nr. 363 vom 6. August 1925.

glaube, »Deutschland könne durch diesen Bankerottsetzling« gerettet werden. Wolle man starke Persönlichkeiten haben, so müsse man sich »zum temperierten Absolutismus« der Monarchie hinwenden. Der große Fehler, ja das Verbrechen auch katholischer Kreise sei es gewesen, das bereits falsche System des modernen Konstitutionalismus zu beseitigen und in einer »bornierten ›demokratischen‹ Psychose – als ob jetzt die Zeit da sei, daß auch das Volk mitrede oder gar sich regiere – dieses falsche System durch ein noch schlechteres« zu ersetzen. In der dadurch bewirkten »*Verpolitisierung* des Volkes und Volkslebens« werde eines der »verhängnisvollsten Ergebnisse der Errichtung unserer demokratischen Republik« sichtbar. Aus all dem zog *Max Buchner* den zweifellos zutreffenden Schluß: Zwischen dem Zentrum, das immer mehr »die Rolle eines *Wächters der Deutschen Republik* gegenüber monarchistischen Bestrebungen« übernehme, und jenen Katholiken, welche »die Restitution der Monarchie als unverrückbares Ziel im Auge«⁷⁵ behielten, bestehe ein grundsätzlicher Gegensatz. In den »Gelben Heften«, die *Buchner* seit 1924 als neue Folge der »Historisch-Politischen Blätter« herausgab, begründete *Martin Spahn* das Nein der katholischen Rechten und zugleich seinen Anschluß an die Deutschnationalen. Die »Gleichberechtigung von Gut und Böse, von staaterhaltenden und staatsverneinenden Kräften«, wie sie von der Demokratie und dem allgemeinen Wahlrecht ermöglicht werde, »steht in Gegensatz zur menschlichen Vernunft und zur Stimme des Gewissens; sie mißachtet den Willen Gottes und ist eine grundsätzliche Abschaffung der Zehn Gebote«. Schon die Klugheit verlange, die unruhigen Elemente im öffentlichen Leben zurückzudrängen; »dieses System aber bringt sie an die Oberfläche und drängt sie an maßgebende Stellen«⁷⁶. Die Agitation dieser katholischen Rechtskreise bewirkte, daß namentlich Ende der zwanziger Jahre zur Abwanderung von Zentrumswählern nach links auch noch eine Abwanderung nach rechts kam. Zudem – und das fällt weitaus schwerer ins Gewicht – verbrauchten die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Republik wertvolle politische Energien und verhinderten, daß der deutsche Katholizismus als solcher zu einer Stütze der Weimarer Demokratie wurde.

⁷⁵ Historisch-Politische Blätter 171 (1923), S. 12, 591, 593, 598, 652.

⁷⁶ Gelbe Hefte 1 (1924/25), S. 318.

IV.

Neben der gegensätzlichen Stellung zur Republik war die Entwicklung des deutschen Katholizismus in der Weimarer Zeit – und namentlich in ihrem letzten Drittel – gekennzeichnet durch ein merkliches Anwachsen gewisser nationaler und autoritärer Tendenzen. Dieses Anwachsen wurde freilich auch von dem beginnenden, vor allem aus weltanschaulichen Gründen geführten Kampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus begleitet. Schon seit Anfang der zwanziger Jahre übten Begriffe wie Volk, Volksgemeinschaft, Führertum zunehmende Kraft und Suggestion aus. Die Wurzeln dieser Vorstellungen lagen in einem antiliberalen, romantischen Denken aus vorindustrieller Zeit. 1918 waren die Vorbehalte gegen das protestantische Bismarckreich gefallen, in dem die Katholiken seit Jahrzehnten um einen angemessenen Platz gerungen hatten. So konnte man sich wieder unbeschwert dem Reichs-Gedanken hingeben, den man allerdings in der neuen Republik auch nicht verwirklicht sah. Dazu kam eine gewisse Abneigung gegen die parlamentarische Form politischer Auseinandersetzungen, die zweifellos nicht immer in idealer Weise vor sich gingen und von vielen als »Parteiengetzänk« verurteilt wurde.

Ende der zwanziger Jahre gelang den universalistischen Ideen ein nicht unbeträchtlicher Einbruch in den reichsdeutschen Katholizismus. *Othmar Spann*, der in Wien lehrende Begründer des Universalismus, sah im Ständestaat den vollkommensten politischen Ausdruck seiner »ganzheitlichen« Gesellschaftsphilosophie. Nach dieser Lehre geht die Staatsgewalt weder vom Volke aus noch beruht sie »auf einem ›Parlament«, das ›alles Volk‹ umfaßt«, sondern »auf einem arteigenen Kreis von Menschen«, die den Staat tragen. »Dieser staatstragende Stand« sei gekennzeichnet durch »den schöpferischen Gedanken des Organisators, den *staatsgestaltenden Gedanken*«; ferner »durch Kriegergeist und Kriegerturn *auf Grund eigener Erziehung zum Führer*«⁷⁷. Somit führte der Universalismus unmittelbar zu einem autoritären Staatsbegriff und zur Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung.

Dem Einbruch des Universalismus in den deutschen Katholizismus ging eine gewisse Umorientierung der Volksvereinsarbeit voraus. Seit dem Krieg ließen der Generalsekretär *Pieper* und *Anton Heinen*, der für Bildungsfragen zuständige Referent, das Bemühen um praktische Sozialpolitik etwas zurücktreten. In den Mittelpunkt stellten sie die Er-

⁷⁷ *Othmar Spann, Gesellschaftslehre. Leipzig* ³1930, S. 507.

ziehung zum organischen Volkstumsdenken, »das überwältigende irrationale Erlebnis der Schicksalsverbundenheit«⁷⁸, und priesen jenen alten »Lebensgemeinschaftsgeist, der irrational, organisch, universalistisch, nicht rational, mechanisch, individualistisch, die Volksgemeinschaft und jede Gliedgemeinschaft derselben ansah«⁷⁹. In der Reaktion gegen die Auflösungstendenzen der Revolution von 1918 und ihrer Folgen erscholl immer wieder der Ruf: »Zusammenstehen und Zusammenhalten, organisches Einheitsgefühl, Gemeinschaftsgeist«⁸⁰. Neben diesen vorwiegend moralischen Appellen zur Volksgemeinschaft waren gelegentlich aus katholischen Rechtskreisen schon sehr autoritäre und »völkische« Stimmen zu hören. *Lüninck* begrüßte das Wachsen des antiliberalen und antisozialistischen Bewußtseins von der Volksgemeinschaft, das der »vollberechtigte Kern der viel geschmähten völkischen Bewegung« sei. »Dieser neue Geist lehnt alle mechanischen Formen der Staats- und Gesellschaftsordnung (Parlamentarismus, Repräsentativsystem, Parteiement) als undeutsch ab«⁸¹. Wer sich als Katholik gegen die Bezeichnung »völkisch« wende, zeige damit, daß er den Sinn des Wortes nicht verstanden habe. Wage heute ein Mann – meinte *Siebertz* – »wirklich wieder den Staat und die staatliche Macht zu verkörpern, mit eisernem Willen und brutaler Rücksichtslosigkeit das öffentliche Leben vom Sumpf der Parteiwirtschaft zu befreien – heute noch wäre Deutschland zu retten«⁸². Direkten Widerhall fand der Universalismus in Teilen des Akademikerverbandes. Sein Vorsitzender *Franz Xaver Landmesser* wandte sich gegen die volksfremde Staatsauffassung »einer gewissen ›Formaldemokratie«, die positiv vorwärtstreibende Kräfte einer organischen Staatsentwicklung«⁸³ verhindere. Andere hielten allein den universalistischen Staatsbegriff für geeignet, »zu einem konkreten, zum

⁷⁸ *Anton Heinen*, Volkstum als lebendige Auswirkung des organischen Prinzips im Gemeinschaftsleben, in: *Soziale Arbeit im neuen Deutschland*. M.Gladbach 1921, S. 195–214, S. 214.

⁷⁹ *August Pieper*, Kapitalismus und Sozialismus als seelisches Problem. M.Gladbach 1924, S. 67. – Zur Unterscheidung *Piepers* zwischen »formaler« und »organischer Demokratie vgl. *Giers*, Demokratie im Urteil, S. 87.

⁸⁰ Die Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main 27. bis 30. August 1921. Würzburg 1921, S. 66.

⁸¹ *Historisch-Politische Blätter* 169 (1922), S. 602, 604.

⁸² *Siebertz*, Deutschland zur Zeit seiner größten Schmach S. 12.

⁸³ *Franz Xaver Landmesser*, Weltanschauung und Wirtschaftsgesinnung, in: *Der katholische Gedanke* 1 (1928), S. 319–339, S. 319.

deutschen Volksstaatsideal«⁸⁴ zu kommen. Auf starken Widerstand stießen die universalistischen Gedankengänge indes bei den Vertretern des Solidarismus. *Gustav Gundlach* SJ etwa, neben *Oswald von Nell-Breuning* SJ einer der Hauptkritiker, stellte fest, daß die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie im Namen des »Führertums« und eines angeblich »wahren Staates« mit Sozialphilosophie nichts zu tun habe. Sie »ist offenkundig nur politischer Wille in theoretischer Verkleidung«⁸⁵. 1931 sprach nun *Spann* selber auf einer Tagung des Akademikerverbandes in Maria-Laach. *Landmesser* meinte anschließend auch, man dürfe seine Lehre nicht kritiklos hinnehmen, war aber dennoch überzeugt, daß die universalistische Ganzheitsbetrachtung »Antrieb und Bestätigung für die christliche Denkweise«⁸⁶ sei.

Intensives Streben nach neuen Formen gemeinschaftlichen Lebens und zugleich skeptisches, bis zu offener Ablehnung reichendes Mißtrauen gegenüber Demokratie und Parteien beherrschte einen Teil jener katholischen Jugend, die von der Jugendbewegung geprägt wurde. Typisch dafür war der »Quickborn« um *Romano Guardini* und die Zeitschrift »Die Schildgenossen«. »Eine Einstellung auf Partei und Zwecke, auf Augenblickserfolge wäre unverantwortlich und ein Fehler.« Die »Quickborner« wollten daher nichts mit jenen Dingen zu tun haben, »die man heute Politik nennt«⁸⁷. Für sie war die »Demokratie der formalen Gleichheit . . . eine Unwirklichkeit, die der natürlichen Ordnung zuwiderläuft«⁸⁸. 1922 und 1923 versuchte das Zentrum auf Tagungen der Windthorstbünde in Bad Godesberg und Hildesheim mit dieser Jugend in Verbindung zu treten. Doch die Reaktion war alles andere als erfreulich. Offen wurde auf die »grundverschiedene innere Einstellung« hingewiesen, die beide Teile trenne. »Wir glauben nicht an die völkische Heilkraft des vom liberalen Westen geerbten Parlamentarismus«⁸⁹. Was die Staatsform betreffe, so fühle sich die Jugend-

⁸⁴ *Alois Dempf*, Individualistische und universalistische Staatsauffassung, in: *Godehard Josef Ebers* (Hrsg.), *Katholische Staatslehre und volksdeutsche Politik*. Freiburg 1929, S. 1–9, S. 2 f.

⁸⁵ *Gustav Gundlach*, Konservativismus und antilibérale Konjunktur, in: *Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft*. Bd. 2. Köln 1964, S. 607–617, S. 613.

⁸⁶ *Franz Xaver Landmesser*, Die Not der Zeit und unsere soziale Aufgabe, in: *Der katholische Gedanke* 4 (1931), S. 356–374, S. 365.

⁸⁷ *J. F. Schäfer*, Politik, Partei und Jugendbewegung, in: *Die Schildgenossen* 2 (1921/22), S. 189–191, S. 190 f.

⁸⁸ *Berning*, Politik und Jugend, in: *Die Schildgenossen* 2 (1921/22), S. 243–249, S. 246.

⁸⁹ *W. Engel*, Godesberger Merkwürdigkeiten, in: *Die Schildgenossen* 2 (1921/22), S. 367.

bewegung weder an die Monarchie noch an die Republik gebunden. Sie trage vielmehr »ein Wesensbild vom organisch gegliederten Volksstaate in sich«. Das Nein der Jugend zu den Parteien sei daher nicht Verantwortungsllosigkeit, »sondern Frucht der Erkenntnis, daß ein System seinen Ablauf gefunden hat, das durch die opferreichste Aktivität nicht mehr gerettet werden kann«⁹⁰. Später kamen in den »Schildgenossen« auch andere Stimmen zu Wort, etwa überzeugte Republikaner aus dem Kreis um die »Rhein-Mainische Volkszeitung«. Aber dennoch überwog der antiliberaler Akzent. 1926 sprachen »Die Schildgenossen« der parlamentarischen Demokratie klar das Mißtrauen aus: »Unsere Erfahrungen zerschlugen uns den Glauben an das Parlament.« Die Jugend ist »mißtrauisch gegen die Demokratie, eben weil sie nicht genug, nicht wesentlich Demokratie ist . . . Sie ist mißtrauisch gegen die Parteien und ihre Politik«⁹¹. Da die Demokratie zur Integrierung heterogener Massen ungeeignet sei, verlangte der Staatsrechtler *Carl Schmitt* »eine Lösung außerhalb dieser demokratisch-politischen Methoden«⁹². Wie die neue »wesenhafte Demokratie« aussehen sollte, formulierten »Die Schildgenossen« so: Man wolle »den *Jugendbund* zur Volksgemeinschaft ausweiten und an die Stelle der Partei setzen«. Er biete eine Möglichkeit, »das mechanisch-unpersönliche demokratische Prinzip« zu überwinden. »An Stelle des bezahlten Funktionärs und des Abgeordneten fordert die Jugend den geborenen Volksführer . . . Sie erträumt einen politischen Schwebezustand zwischen Volksgemeinschaft und unbedingter *Gefolgschaft* gegenüber einem innerlich bevollmächtigten *Führertum*«⁹³. Wenn es auch falsch wäre, dieses Nein zur Demokratie von 1928 »kurzschlüssig in ein Ja zu 1933 umzudeuten«⁹⁴, so führte doch dieses Denken in die unmittelbare Nähe des Führerstaates. Träger einer neuen politischen Aktivität innerhalb des Zentrums wurden gegen Ende der Weimarer Zeit die aus den Windthorstbünden hervorgegangenen und von den Vorstellungen der Jugendbewegung nicht unbeeinflussten Jung-Konservativen. Deren Sprecher waren *Joos*, *Heinrich Brüning* und *Heinrich Krone*. Sie hielten zwar am demokratisch-

⁹⁰ *Aug. Hr. Berning*, Die realpolitischen Zustände, in: *Die Schildgenossen* 3 (1922/23), S. 183–187, S. 185, 187.

⁹¹ *Werner Becker*, Die Politik der jungen Generation in Europa, in: *Die Schildgenossen* 6 (1926), S. 366–373, S. 367 f.

⁹² *Carl Schmitt*, Der bürgerliche Rechtsstaat, in: *Die Schildgenossen* 8 (1928), S. 127–133, S. 133.

⁹³ Eine politische Partei der Jugend?, in: *Die Schildgenossen* 8 (1928), S. 340 bis 348, S. 342.

⁹⁴ *Lutz*, Demokratie im Zwielicht S. 117.

republikanischen Gedanken fest, suchten ihn aber doch mit der Notwendigkeit einer festen und starken Regierung sowie mit dem Führerprinzip zu verbinden. Die Jugend »steht zur *deutschen Republik* und ihrem traditionsreichen Symbol Schwarz-Rot-Gold. Der neue Staat ist ihr Symbol der politischen Selbständigkeit unseres Volkes«, erklärte *Krone*, der Geschäftsführer der Windthorstbünde. Zugleich erstrebe sie aber »den Durchbruch des politischen Führergedankens gegen die Alleinherrschaft der Parteien und Fraktionen«⁹⁵. Und *Joos*, zeitweilig Vorsitzender der Windthorstbünde, charakterisierte dieses neue Denken: »Dieser Jungkonservatismus ist volkhaft, auf das Religiöse, auf Wille, Aktion, Zucht, Führung und Gefolgschaft und – zum Unterschied vom einseitigen Nationalismus – auf das Nationale und Europäische eingestellt«⁹⁶. Dem neuen Kurs des Zentrums »in Richtung auf eine Staatsordnung mit stark autoritären Zügen«⁹⁷ gab der Parteivorsitzende Prälat *Ludwig Kaas* vielleicht unbewußt Ausdruck, als er von der Sehnsucht »nach den Führern« sprach, von dem »Ruf nach einem Führertum großen Stils«, der noch nie »lebendiger und ungeduldiger durch die deutsche Volksseele gegangen«⁹⁸ sei. Auf diesem Hintergrund muß man wohl auch die Praxis der Regierung *Brüning* Anfang der dreißiger Jahre beurteilen, in der die »demokratisch-konservativen« Ideen wirksam waren und in der viele die letzte Chance sahen, Deutschland vor dem Chaos zu bewahren.

Die Worte, mit denen hier das neue Denken charakterisiert wurde, deuteten bereits die Stellung an, welche die deutschen Katholiken zum Nationalsozialismus einnahmen. In ihrer Mehrheit waren sie – vor allem aus weltanschaulichen Gründen – dessen Gegner. Überwiegend katholische Gebiete wiesen immer einen vergleichsweise niedrigen Stimmenanteil der NSDAP auf. Auf der anderen Seite aber führte die Betonung der Autorität, der Volksgemeinschaft, des Führerprinzips das katholische Denken in eine gewisse Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie. Das gilt sicher im formalen Bereich der Terminologie, wohl aber auch im sachlichen Sinne. Dadurch wurde die Widerstandskraft zweifellos geschwächt, was sich vor allem in der ersten Zeit nach der Machtergreifung zeigte. Zentrum und Bayerische Volkspartei stimmten

⁹⁵ *Krone*, Die junge katholische Generation a. a. O. S. 468 f.

⁹⁶ *Joos*, Die politische Ideenwelt des Zentrums S. 38 f.

⁹⁷ *Rudolf Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, in: *Erich Matthias – Rudolf Morsey* (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 281–453, S. 290.

⁹⁸ Die 68. Generalversammlung der Deutschen Katholiken zu Freiburg im Breisgau 28. August bis 1. September 1929. Freiburg o. J. (1929), S. 257.

nach heftigen inneren Auseinandersetzungen für das Ermächtigungsgesetz. Widerstand erfolgte nur mehr in sehr vorsichtiger Form. Die »Stimmen der Zeit« etwa verurteilten die »diktatorische« Führung *Hitlers*, erinnerten daran, daß der Staat »für den Menschen« da sein müsse und nicht umgekehrt, und verlangten, daß »das Angebot der Mitarbeit unter Formen« zu geschehen habe, »die mit der Selbstachtung vereinbar sind«⁹⁹. Nachdem *Hitler* Erklärungen abgegeben hatte, »durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen« werde, stellten die Bischöfe – »ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben« – am 28. März fest, »daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen«¹⁰⁰. Ein gemeinsamer Hirtenbrief wiederholte am 3. Juni diese problematische, Ablehnung und Zustimmung enthaltende Stellungnahme und führte sie weiter aus. Am 5. Juli löste sich das Zentrum auf, und drei Tage später wurde in Rom das Reichskonkordat unterzeichnet. Einer der Hauptgründe für die im Vergleich zur früheren Ablehnung überraschende Reaktion des deutschen Katholizismus lag ohne Zweifel in der Tatsache, daß der totalitäre Kern des Nationalsozialismus von einer allgemeinen, auch in der großen Mehrheit des katholischen Volkes lebendigen konservativ-nationalen Zeitstimmung überdeckt wurde. Dennoch gingen nicht wenige Katholiken ins Exil oder »zogen sich in die stille Opposition zurück«¹⁰¹. Allein wohl die Mehrheit und ein großer Teil der katholischen Organisationen suchten eine »friedliche, aufbauende Zusammenarbeit in oder mit dem Nationalsozialismus«¹⁰²,

⁹⁹ *Jakob Overmans*, Um Demokratie; *Martin Preis*, Die Staatsverfassung im totalen Staat; *Max Pribilla*, Nationale Revolution, in: *Stimmen der Zeit* 125 (1933), S. 18–26, 145–168, S. 22, 148, 159.

¹⁰⁰ *Hans Müller*, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930 bis 1935. München 1963, S. 77.

¹⁰¹ *Ernst-Wolfgang Böckenförde*, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: *Hochland* 53 (1960/61), S. 215–239, S. 225. – Vgl. dazu *Hans Buchheim*, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine Auseinandersetzung mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, in: *Hochland* 53 (1960/61), S. 497–515; *Ernst-Wolfgang Böckenförde*, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Stellungnahme zu einer Diskussion, in: *Hochland* 54 (1961/62), S. 217–245.

¹⁰² *Pribilla*, Nationale Revolution a. a. O. 162. – Die Stellung des deutschen Katholizismus zum Nationalsozialismus in den Jahren 1930–33 gehört nicht unmittelbar zum Thema dieses Beitrages und wurde daher nur angedeutet. Zur Diskussion, die seit 1960 intensiv geführt wird, vgl. neben den bereits genannten Arbeiten besonders *Karl Buchheim*, Warum das Zentrum unterging, in: *Hochland* 53 (1960/61), S. 15–27; *Josef Becker*, Brüning, Prälat Kaas und das Pro-

in der Hoffnung, so die weitere Entwicklung mitbestimmen zu können. Wie sehr diese Hoffnung trog, sollte sich leider allzu rasch erweisen.

blem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930–1932, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963), S. 74–111; ders., Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, in: *Die Welt als Geschichte* 23 (1963), S. 149–172; *Ernst Deuerlein*, Der deutsche Katholizismus 1933. Osnabrück 1933; *Karl Otmar Frhr. v. Aretin*, Prälat Kaas, Franz von Papen und das Reichskonkordat von 1933, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 252–279, wo sich jeweils weitere Literaturhinweise finden.